

Jede wirtschaftliche Maßnahme, die im Interesse der Berliner Bevölkerung liegt, jede Aktion, wie beispielsweise die Behebung der Not durch die Arbeit der Frauenausschüsse oder andere Maßnahmen, die wir getroffen haben, sind von der Mehrheit der SPD und CDU unterbunden worden. Am 25. Januar 1947 haben wir einen Gesetzentwurf gegen den Schwarzhandel vorgelegt. Wir haben uns im vergangenen Jahre im Einheitsausschuß mit allen Parteien dahin geeinigt, daß die Schwarzhändler und die Schieber in Arbeitslager gebracht werden sollen und daß die Betriebsräte die Produktion der Betriebe kontrollieren. Als wir aber nach der Wahl als SED den Wechsel einlösen wollten und den gleichen Antrag, der vom Einheitsausschuß angenommen war, in der Stadtverordnetenversammlung stellten, wurde unser Antrag von den anderen Parteien an den Ausschuß verwiesen. Der wirtschaftspolitische Ausschuß hat wochenlange Beratungen geführt. Er brachte 5 Vorlagen zustande. Diese Vorlagen gingen der Stadtverordnetenversammlung zu. In einer dieser Vorlagen steht, daß der Betriebsrat die Kalkulation und die Preise nachprüfen muß, daß das Preisamt nur die Zustimmung erteilen kann, wenn der Betriebsrat der Kalkulation des Betriebes zugestimmt hat. Und weiter heißt es in diesem Gesetzentwurf, daß der Betriebsrat verpflichtet ist, den Eingang der Rohstoffe, die Verarbeitung derselben und ferner den Verbleib der Produktion zu kontrollieren und zu beaufsichtigen. Jetzt sollte man doch annehmen, daß, nachdem sich SPD und SED im wirtschaftspolitischen Ausschuß hierüber geeinigt hatten, dieser Gesetzentwurf auch in der Stadtverordnetenversammlung glatt über die Bühne gegangen wäre. Weit gefehlt, Genossinnen und Genossen! Als die Vorlagen an die Stadtverordnetenversammlung kamen, da erhob ein SPD-Stadtverordneter Einspruch, und die Sache ging erneut an den wirtschaftspolitischen Ausschuß.

Seit Wochen bemüht sich jetzt der Ausschußvorsitzende darum, unsere sozialdemokratischen Stadtverordneten-Genossen in die Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses zu bekommen. Sie kamen einfach nicht. Und damit bewirken sie, daß keine durchgreifenden Maßnahmen gegen den schwarzen Markt und gegen die Schieber getroffen werden können.

Es sieht nicht nur auf einem Gebiet so aus. Wir haben auch einen Gesetzentwurf über die Arbeitslosenhilfe eingebracht, die von der Stadt Berlin finanziert werden sollte. Die Stadt Berlin verfügt über genügend Mittel, Die Stadt Berlin könnte eine Arbeitslosenhilfe gewähren, ohne daß die Versicherungsanstalt zu den Kosten beiträgt. Ja, es ist sogar so, daß die Vertreter der Alliierten Kommandantur auch